

Vor Gericht: Bettlerin aus Uganda wegen Messerangriffs angeklagt

Eine Bettlerin, die kein Geld am Leopoldplatz erhielt, soll ein Messer gezückt haben. Prozess vor dem Landgericht Berlin.

NACHRICHTEN AG
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Vorfall auf dem Leopoldplatz: Streit mit tragischen Konsequenzen in Berlin-Wedding

Als Aida M. am 13. November 2023 auf dem U-Bahnhof Leopoldplatz um Geld bat, sollte alles anders kommen als erwartet. Die 51-jährige Witwe aus Uganda, die auf Grund einer Behinderung ohne Füße im Rollstuhl sitzt, wird beschuldigt, mit einem Messer nach dem Ohr einer Frau gegriffen zu haben, die ihrer Bitte nicht nachgekommen war.

Die Ereignisse sollen sich um 11.20 Uhr auf dem belebten Leopoldplatz ereignet haben. Die Berliner Staatsanwaltschaft

wirft Aida M. vor, versucht zu haben, die Passantin mit einem Taschenmesser zur Herausgabe von Geld zu zwingen. Seit dem 24. April 2024 befindet sich Aida M. in Untersuchungshaft unter dem Vorwurf der versuchten schweren räuberischen Erpressung. Doch sie bestreitet die Vorwürfe vehement und behauptet: „Nix gemacht! Hatte gar kein Messer!“

Ein Sicherheitsmann, der viel mit Aida M. zu tun hatte, berichtet von zahlreichen Zwischenfällen. „Sie behauptet immer: Ich bin der Polizeipräsident! Es gab viele Vorfälle mit ihr. Mehrere Hausverbote. Nahezu täglich wurde sie des Bahnhofs verwiesen. War zehn Minuten später wieder da. Pöbelte Fahrgäste an, schrie, spuckte. Einmal zog sie ein Butterfly-Messer unterm Po hervor und tat so, als ob sie es gleich nach mir werfen würde,“ so der 24-jährige Security-Mann.

Während die angebettelte Frau erst an einem späteren Prozesstag angehört werden soll, wird derzeit ein psychiatrisches Gutachten erstellt, um festzustellen, wie gefährlich Aida M. tatsächlich ist. Je nach Ergebnis könnte ihr entweder eine längere Gefängnisstrafe oder eine Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik drohen.

Der Fall erreicht seinen Höhepunkt am 14. August, wenn das Gericht ein endgültiges Urteil fällen wird.

Die Rolle der Politik und Prävention solcher Vorfälle

Dieser Vorfall wirft Fragen nach den Maßnahmen auf, die seitens der Politik zur Verhinderung ähnlicher Situationen ergriffen werden könnten. Um solche Ereignisse zu vermeiden, könnte die Regierung mehr in soziale Unterstützungssysteme investieren, die bedürftigen Menschen wie Aida M. helfen. Programme zur Prävention von Obdachlosigkeit und psychologischen Erkrankungen könnten ebenfalls wesentlich zur Reduzierung von Konflikten im öffentlichen Raum beitragen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen Sicherheitskräften und sozialen

Diensten wäre ein weiterer Schritt, um gefährdete Personen rechtzeitig zu identifizieren und ihnen die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen.

Falls Sie oder jemand, den Sie kennen, an Depressionen leidet oder Selbstmord-Gedanken hat, kontaktieren Sie bitte umgehend die Telefonseelsorge (www.telefonseelsorge.de). Unter der kostenlosen Hotline 0800-1110111 oder 0800-1110222 erhalten Sie Hilfe von Beratern, die Auswege aus schwierigen Situationen aufzeigen können.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de